

Fragen

für die Fragestunde der 249. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Juni 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD)	1, 2	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Beckmeyer, Uwe (SPD)	17, 18	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	65, 66
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 70	Marks, Caren (SPD)	9, 10
Crone, Petra (SPD)	11, 12	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	43, 44
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	45, 46	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28
Gerdes, Michael (SPD)	3, 4	Reichenbach, Gerold (SPD)	48, 49
Göring-Eckardt, Katrin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59
Hagemann, Klaus (SPD)	31, 47	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	67, 68
Hellmich, Wolfgang (SPD)	39	Schwartze, Stefan (SPD)	62, 63
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	60, 61	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	19, 20
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Steinbach, Erika (CDU/CSU)	54
Humme, Christel (SPD)	7, 8	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 51
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	5, 6	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	64, 71
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	42, 69
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	55, 56	Ziegler, Dagmar (SPD)	13, 14
Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	23, 24	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	37, 38
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	19

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD) Verantwortliche welcher Ebenen des Bundesministeriums der Verteidigung (Bundesminister, Staatssekretär, Abteilungsleiter, Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzen der Bundeswehr) waren an der Aushandlung des Memorandum of Understanding zur „Stückzahlanpassung für Unterstützungshubschrauber Tiger und NATO-Helikopter NH90“ (Pressemitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 15. März 2013) beteiligt?

2. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD) Gibt es Verzögerungen, oder zeichnen sich Hindernisse ab, die zu Verzögerungen führen können, beim geplanten und vom Bundesministerium der Verteidigung angewiesenen Outsourcing von 2 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wehrverwaltung mit ihren Bundeswehraufgaben in die Geschäftsbereiche des Bundesministeriums der Finanzen bzw. des Bundesministeriums des Innern?

3. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Wie hoch sind die Baukosten, die die Bundeswehr für die geplante Feuerwache auf dem Munitionsdepot der Bundeswehr in Dorsten-Wulfen veranschlagt?

4. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD) Stimmt es, wie in der „WAZ“ vom 7. Juni 2013 berichtet, dass das planende Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr nicht über eine kosteneinsparende Zusammenarbeit vor Ort nachgedacht hat, obwohl sich die zivile Feuerwache in direkter Nachbarschaft zum Munitionsdepot befindet, und besteht die Möglichkeit zu einer militärisch-zivilen Kooperation, zumal der Bau der Feuerwache auf dem Militärgelände erst 2014 beginnen soll?

5. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden und werden nach Ansicht der Bundesregierung Mobilfunkdaten und andere Daten im Rahmen der Probeflüge des Euro Hawk in der Vergangenheit und in Zukunft erfasst?

6. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung gewährleistet, dass das für die Sicherheit des deutschen Camps in Kabul eingesetzte Sicherheitspersonal dem afghanischen Innenministerium und seinen Weisungen unterstellt ist, obwohl es von dem privaten Sicherheitsdienstleister ACCL beschäftigt und bezahlt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7. Abgeordnete
Christel Humme
(SPD)
- Falls die Bundesregierung es als geboten ansieht, von ihr selbst in Auftrag gegebene Expertisen in die Weiterentwicklung des Systems familien- und ehebezogener Leistungen einzubeziehen, warum hat sie die Einführung des Betreuungsgelds und die Kürzung des Elterngelds bereits vor der erst am 20. Juni 2013 erfolgten politischen Schlussfolgerung aus diesen Expertisen auf den Weg gebracht?
8. Abgeordnete
Christel Humme
(SPD)
- Hält die Bundesregierung Maßnahmen für erforderlich, und wenn ja, welche, um den Effekt, dass die Entlastungen von Paaren durch das Ehegattensplitting, die zum großen Teil bei Familien im oberen Einkommensbereich anfallen, und unabhängig davon, ob Kinder in der Ehe leben oder nicht, zu verringern?
9. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Wie begründet es die Bundesregierung, dass in dem Politischen Bericht zur Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen vom 20. Juni 2013 unter der Überschrift „Wahlfreiheit: Ziel und Prinzip der Familienpolitik“ an keiner Stelle das Betreuungsgeld erwähnt wird?
10. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass trotz der Erkenntnisse der Evaluation, die bestätigt hat, dass die Wirkungen des Ehegattensplittings auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen negativ sind, über den gesamten Zeitraum der Legislatur nach Auffassung der Fragestellerin keinerlei Maßnahmen erfolgt sind, die dazu beitragen, diesen Effekt zu beenden oder wenigstens zu verringern?

11. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung erst vier Jahre nach Beginn der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen bzw. erst am Ende der Legislaturperiode Ergebnisse präsentiert und politische Schlussfolgerungen vorgestellt auch vor dem Hintergrund, dass sie in ihren Schlussfolgerungen selbst angibt, „die Gesamtevaluation [...] resultiert aus dem gemeinsamen Interesse, öffentliche Mittel intelligent einsetzen [...]“ (S. 5 des Politischen Berichts des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 20. Juni 2013) zu wollen?
12. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Plant die Bundesregierung, entsprechende Expertisen der Gesamtevaluation in die Weiterentwicklung bestehender familien- und ehebezogener Leistungen einzubeziehen, und wenn ja, welche konkreten Maßnahmen zur Weiterentwicklung plant sie aufgrund der Empfehlungen in den Expertisen?
13. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD)
- Wie viele und welche (bitte Nennung der Namen) der mit der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen beauftragten Sachverständigen haben sich für die Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge ausgesprochen?
14. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD)
- Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Aussage verschiedener kinder- und familienpolitischer Verbände (Pressemitteilung des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG vom 20. Juni 2013), dass „viele Leistungen sozial ungerecht, intransparent und bürokratisch sind“ und „bei höheren Freibeträgen, wie die Bundesregierung sie fordert – die soziale Ungerechtigkeit weiter bestehen bliebe“, sowie zu der Forderung der Verbände, die Geldtransfers für arme Kinder zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

15. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches sind aus Sicht der Bundesregierung ihre drei wichtigsten verkehrspolitischen Initiativen bzw. Entscheidungen in der 17. Legislaturperiode, und welche drei verkehrspolitischen Initiativen bzw. Entscheidungen hält sie für die 18. Legislaturperiode für vorrangig?

16. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche verkehrspolitischen Fehlentscheidungen sind der Bundesregierung aus ihrer Sicht unterlaufen, und welchen verkehrspolitischen Aufgaben hat sich die Bundesregierung nicht ausreichend gewidmet?
17. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, dass sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Andreas Scheuer, in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 13. Juni 2013 (Plenarprotokoll 17/246) ausdrücklich für die Einführung der Pkw-Maut ausgesprochen hat, obwohl dies von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wiederholt ausgeschlossen worden ist, und handelt es sich bei der Aussage „Wir wollen also diese Pkw-Maut einführen“ um eine innerhalb der Bundesregierung abgestimmte Position?
18. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, dass der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer in der Aktuellen Stunde die politischen Pläne der CDU/CSU-Fraktion für eine Pkw-Maut vertreten hat, wie seine Äußerung „Ich denke, die CSU ist mit diesem Vorschlag wiederum viel näher an den Menschen. Deswegen werden wir diesen Vorschlag in den Bundestagswahlkampf einbringen“ zeigt, obwohl er in der Parlamentsdebatte als Mitglied der Bundesregierung aufgetreten ist?
19. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie viele Fernbuslinien gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Deutschland, und wie viele davon bieten Verbindungen parallel bzw. ergänzend zum vorhandenen Angebot auf der Schiene an?
20. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie viele der derzeitigen Fernbuslinien bieten nach Kenntnis der Bundesregierung auch Rollstuhlfahrern die Möglichkeit der Mitreise an (bitte Anbieter und Strecke nennen), und in welcher Weise begleitet und unterstützt die Bundesregierung die Schaffung von Barrierefreiheit im nationalen sowie im grenzüberschreitenden Fernbuslinienverkehr?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

21. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schreiben, Unterlagen und Untersuchungsergebnisse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit von der bayerischen Atomaufsichtsbehörde in den Jahren 2011 und 2012 bekommen im Zusammenhang mit dem Rohrrißbefund im nicht absperrbaren Primärkreislaufteil des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld ab dem Heraustrennen des betreffenden Rohrstücks im Frühjahr 2011 (vgl. fehlende Angabe dieser Unterlagen und Ergebnisse in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/11788, nach denen in Frage 33a konkret gefragt war; bitte vollständige Angabe aller Unterlagen und Untersuchungsergebnisse mit Datum)?
22. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es ein abgestimmtes Protokoll o. Ä. über die Besprechung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) mit der bayerischen Atomaufsichtsbehörde zum Leistungserhöhungsverfahren am 24. und 25. Januar 2013 (falls nein, bitte mit Begründung), und welche konkreten Prüfaufgaben wurden für StMUG, BMU, Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit und TÜV Süd bei dieser Besprechung vereinbart (diesmal Wortlautangabe bitte, nicht nur Nennung der Themenbereiche; vgl. in Plenarprotokoll 17/245, S. 31210 (C) bis 31211 (D) die fehlende Wortlautangabe in der Antwort auf meine Mündliche Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 17/13810 nach diesen konkreten Prüfaufgaben im Wortlaut)?
23. Abgeordneter
**Dr. h. c. Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des 4. Senats des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) vom 19. Juni 2013, die atomrechtliche Genehmigung für das Standortzwischenlager des Kernkraftwerks Brunsbüttel aufzuheben, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bundesregierung?
24. Abgeordneter
**Dr. h. c. Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Welche Auswirkungen aus dem Urteil des OVG Schleswig vom 19. Juni 2013 sieht die Bundesregierung auf das Endlagersuchgesetz?

25. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Studien hat die Bundesregierung in Auftrag gegeben, die Lösungsvorschläge erarbeiten, wie das EEG-Umlage-Merit-Order-Paradoxon (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) aufgelöst werden kann, das dazu führt, dass die EEG-Umlage umso höher steigt, je tiefer der Strom aus erneuerbaren Energien die Börsenpreise nach unten drückt?
26. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Studien hat die Bundesregierung zur Überarbeitung des EEG-Ausgleichsmechanismus mit dem Ziel einer höherwertigen Verwertung des EEG-Stroms in Auftrag gegeben?
27. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Äußerung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, anlässlich der Rede des amerikanischen Präsidenten Barack Obama bei seinem jüngsten Deutschland-Besuch zu verstehen, wonach der Aufruf des amerikanischen Präsidenten für einen weltweiten engagierten Kampf gegen den Klimawechsel „zur rechten Zeit komme“, obwohl die internationalen Klimaverhandlungen auch gerade wegen der amerikanischen Haltung seit Jahren kaum vorankommen und schon bei der Klimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 eine Anschlussregelung für das Kyoto-Protokoll verabschiedet werden sollte?
28. Abgeordneter
**Dr. Hermann E.
Ott**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten politischen Maßnahmen sollen aus der Ankündigung des Bundesumweltministers Peter Altmaier in Sachen Klimaschutz folgen, nachdem dieser anlässlich der Rede des amerikanischen Präsidenten Barack Obama erklärt hat, „den Aufruf, dass wir uns weltweit an die Arbeit machen müssen, nehmen wir deshalb mit großer Zustimmung auf“, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ihre eigene Klimabilanz der letzten Jahre insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Emissionen in Deutschland zuletzt wieder um 1,6 Prozent gestiegen sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

29. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und in welcher Veranstaltungsform wird die Studie „Bildung auf einen Blick 2013“ in Deutschland der Öffentlichkeit erstmals präsentiert?
30. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat es die Bundesregierung nicht geschafft, die 20. Sozialerhebung so zeitnah zu veröffentlichen, dass sie noch in die parlamentarischen Beratungen des 17. Deutschen Bundestages einfließen kann, und wie will die Bundesregierung dem Eindruck entgegenreten, sie zögere die Veröffentlichung der Sozialerhebung hinaus, um keine Debatte zu hochschulpolitischen Reformbedarfen, die sich aus den Befunden früherer Sozialerhebungen stets ergeben haben, in der laufenden 17. Wahlperiode mehr zu ermöglichen?
31. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)
- Aus welchen einzelnen Titeln außer der Etatposition „30 02 685 11 – Leistungswettbewerbe und Preise für wissenschaftlichen Nachwuchs“ werden im Hinblick auf die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 40, Plenarprotokoll 17/245, Anlage 36 zu „Innovum“, wonach diese auch als „externe Beratungsleistung“ aufgeführt werden, Schülerwettbewerbe – unter Angabe der jeweiligen Gesamtaufwendungen für diesen Zweck in den jeweiligen Titeln – vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert, und wie hoch war jeweils die Gesamtzahl der Teilnehmer und der Preisträger bei den vom BMBF in den Jahren 2011 und 2012 finanzierten Schülerwettbewerben?
32. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann genau wird das laut Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 147 auf Bundestagsdrucksache 17/10460 dort „für die zweite Jahreshälfte 2013“ angekündigte Herausheben des Reaktorbehälters des AVR (Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor) Jülich stattfinden, und welche Ursachen und Kostenfolgen haben eventuelle weitere Verzögerungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

33. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundesregierung als eigentlichen Zielwert zur Umsetzung des Artikels 3 der EU-Energieeffizienzrichtlinie an die Europäische Kommission gemeldet (Verminderung des energetischen Anteils der Primärenergie von 314,3 Millionen Tonnen Rohöläquivalent – Mtoe – im Jahr 2008, auf 276,6 Mtoe im Jahr 2020 bzw. einer damit verbundenen Verminderung des Endenergieverbrauchs von 220,7 Mtoe im Jahr 2008, auf 194,3 Mtoe im Jahr 2020 oder die Senkung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent, wie im Energiekonzept vorgesehen) vor dem Hintergrund, dass bei beiden Formulierungen unterschiedliche Reduktionswerte erreicht werden, und mit welchen konkreten Maßnahmen (bitte einzeln benennen) will sie dies erreichen?
34. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann und mit welchem Ergebnis haben Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie über den Stopp von Hermesbürgschaften für Tierhaltungsanlagen stattgefunden?
35. Abgeordneter
**Memet
Kilic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Pfefferspray des Typs „American Style NATO – Super – Paralisant“ CS-Gas Silliarde, produziert von der Firma Elitex in Berlin, wurde nach Kenntnis der Bundesregierung an welche Behörden bzw. privaten Unternehmen in den letzten drei Jahren in die Türkei verkauft?
36. Abgeordneter
**Memet
Kilic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung angesichts der antidemokratischen Übergriffe der türkischen Polizei auf die Demonstranten ihre Ausfuhrgenehmigung hinsichtlich des CS-Gases widerrufen, und wenn nein, warum nicht?
37. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich in den zurückliegenden vier Jahren die Inflation allgemein und spezifisch für verschiedene Haushaltstypen mit ihrem entsprechenden Warenkorb entwickelt (bitte für 2009, 2010, 2011 und 2012 Daten nennen für die Inflationslast nach Haushalten mit einem Nettomonatseinkommen von 900 bis 1 300 Euro, 2 600 bis 3 600 Euro, mehr als

10 000 Euro sowie für Haushalte mit einem durchschnittlichen Einkommen, aber mit drei und mehr Kindern), und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Aussagekraft der allgemeinen Inflationsrate?

38. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren das Einkommen der in der vorhergehenden Frage aufgeführten Haushaltstypen entwickelt (bitte auch hier jährliche Daten nennen), und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

39. Abgeordneter
Wolfgang Hellmich
(SPD)
- Welche Kosten sind für wie viele der in den Medien erwähnten Aufenthalte von Qasim Fahim und anderen ehemaligen und aktuellen afghanischen Warlords im Laufe der letzten zehn Jahre entstanden, einschließlich der Gastgeschenke wie beispielsweise Pferde und ihr Transport mit Flugzeugen der Bundeswehr (Quelle: taz.de, „Gekaufte Freundschaft“, 14. Juni 2013)?
40. Abgeordnete
Katrin Göring-Eckardt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf das Urteil gegen die Teilnehmerin der öffentlichen Gay-Pride-Aktion am 25. Mai 2013, Anna Annenkova, das am 14. Juni 2013 in einem Moskauer Bezirksgericht ausgesprochen worden ist?
41. Abgeordnete
Katrin Göring-Eckardt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird sich nach Auffassung der Bundesregierung das Urteil auf künftige Asylverfahren russischer Lesben und Schwulen auswirken?
42. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Mit welchen finanziellen Aufwendungen für Bund und Länder rechnet die Bundesregierung durch den eintägigen Besuch des US-amerikanischen Präsidenten, und wurden in den Gesprächen zwischen der Bundeskanzlerin und dem Präsidenten Fragen zur internationalen Steuerumgehung thematisiert?

43. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung nach ihren jüngsten Gesprächen mit US-Regierungsvertretern auf politischer Ebene über die Einbindung des in Deutschland eingerichteten US-Kommandos AFRICOM bei den Drohnenangriffen auf mutmaßliche Terroristen in Afrika, und welchen Standpunkt hat die Bundesregierung gegenüber den US-Vertretern in der Frage der möglichen operativen Einbindung von AFRICOM vertreten?
44. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Hat sich die Bundeskanzlerin mit der Zusicherung des US-Präsidenten Barack Obama zufriedengegeben, dass Deutschland von den USA nicht als Startpunkt („launching point“) für Drohnenangriffe genutzt wird, und hat sie darauf verzichtet nachzufragen, ob AFRICOM bei der Einsatzunterstützung und Einsatzdurchführung eine aktive Rolle spielt?
45. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit vertritt die Bundesregierung die Auffassung, dass EU-Beitrittsverhandlungen mit Kandidaten gerade dann intensiviert werden bzw. in ein neues Stadium treten sollten, wenn die Regierungen dieser Kandidatenländer ein besonders unnachgiebiges Vorgehen gegen die innerstaatliche Opposition an den Tag legt, wie das der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, bezogen auf die Türkei (dpa-Meldung vom 20. Juni 2013) im Gegensatz zur Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag und der Türkischen Gemeinde in Deutschland im Zuge des äußerst brutalen und gewaltsamen Vorgehens der türkischen Sicherheitskräfte im Rahmen der Proteste mit Bezug auf den Gezi-Park bzw. Taksim-Platz fordert (www.zeit.de/news/2013-06/18/d-kolat-fordert-aufschub-von-eu-beitrittsverhandlungen-mit-tuerkei-18080603), die mindestens vier Menschen das Leben kostete und ca. 7 500 Verletzte (afp-Meldung vom 17. Juni 2013), nach Angaben der türkischen Menschenrechtsstiftung (TIHV) sogar 11 823 Verletzte (www.bestanuce1.com/haber/45222/tihv-in-gezi-bilancosu-5-olu-11-bin-823-varali.anf) forderte?
46. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung einen Widerspruch in der Aussage des Bundesaußenministers Dr. Guido Westerwelle, der kritisierte, dass die für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorgesehenen Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) namentlich durch Zypern und Griechenland blockiert worden seien (dpa-Meldung vom 20. Juni 2013), zur Aussage der Bundeskanzlerin, die die Blockade be-

züglich der Beitrittsverhandlungen in der Nichtumsetzung des sog. Ankara-Protokolls durch die Türkei sieht, nachdem diese ihrer Verpflichtung nicht nachkommt, die Zollunion mit der EU einschließlich auf Zypern anzuwenden und deshalb Häfen und Flughäfen auch für zypriotische Waren zu öffnen hat (www.direktzu.de/kanzlerin/messages/eu-beitritt-der-tuerkei-verhindern-44885), und sieht die Bundesregierung nicht eher in der Nichtanerkennung der Republik Zypern in Verbindung mit der Eskalationspolitik der Türkei gegenüber Zypern (z. B. bezüglich der Erkundungen nach Erdöl- und Erdgasvorkommen in den zypriotischen Küstengewässern, der Weigerung der Türkei während der EU-Ratspräsidentschaft Zyperns, an den EU-Sitzungen teilzunehmen) die Ursache der Blockade?

47. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Welche finanziellen Auswirkungen (jeweils in Summe bei den Abführungen an den EU-Haushalt sowie in den Rubriken Agrarpolitik und Kohäsionspolitik), die die Bundesregierung in der 33. Sitzung des EU-Unterausschusses am 1. Februar 2013 zunächst auf Mehrbelastungen von 2,8 Mrd. Euro bezifferte, hat das aktuelle Ergebnis des Trilogs zum mittelfristigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 für den Bundeshaushalt und für die Bundesrepublik Deutschland, und welche Zugeständnisse an das Europäische Parlament beinhaltet dieser Vorschlag im Einzelnen insbesondere in den Bereichen Flexibilität, Einführung einer EU-Steuer, Revision der Finanzplanung 2016 (jeweils unter Angabe des vorgesehenen Verfahrens der späteren Entscheidungsfindung), Aufstockung des EU-Solidaritätsfonds sowie bei der Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

48. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die im ursprünglichen Entwurf zur Datenschutz-Grundverordnung enthaltene sogenannte Anti-FISA-Klausel (vgl. [heise online](http://heise.de), Artikel vom 13. Juni 2013, 14.22 Uhr unter www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Datenschutzreform-Klausel-gegen-NSA-Spionage-gestrichen-1887741.html) auf Druck der US-Regierung sowie von US-amerikanischen Unternehmen gestrichen wurde, und welche Position hat die Bundesregierung und vertritt die Bundesregierung bei den aktuellen Verhandlungen auf europä-

ischer Ebene, insbesondere im Europäischen Rat, zur Weitergabeproblematik von personenbezogenen Daten an Drittstaaten?

49. Abgeordneter
Gerold Reichenbach
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Prism-Debatte eine Aufnahme einer entsprechenden Klausel in die Datenschutz-Grundverordnung zwingend erforderlich ist, und wenn ja, gedenkt sie dies in den Verhandlungen auf europäischer Ebene und im Rat auch vorzuschlagen und durchzusetzen?
50. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass deutsche Stellen – ebenso wie etwa die Geheimdienste Großbritanniens, Belgiens und der Niederlande (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 12. Juni 2013) – durch US-Stellen Informationen über hier lebende Menschen übermittelt erhielten sowie auch verwendeten, welche der US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) über die Betroffenen nach Auffassung des Fragestellers augenscheinlich unter Verletzung von deren Grundrechten durch heimliche Erhebung sowie Auswertungen von Kommunikationsbeziehungen – v. a. in sozialen Netzwerken etwa durch das NSA-Überwachungsprogramm Prism – gewonnen hatte, und wie wird die Bundesregierung künftig ihrer Verpflichtung entsprechen, v. a. deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vor solcher Verletzung ihrer Grundrechte zu schützen, zumal der Bundesregierung diese heimliche NSA-Überwachung deutscher Bürgerinnen und Bürger bereits seit langem bekannt ist, spätestens seit die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag dort am 24. Februar 1989 darüber eine Aktuelle Stunde durchführen ließ (Plenarprotokoll 11/129. Sitzung, S. 9517 (B) ff.), sowie angesichts der Einschätzung des ehemaligen Chefs des österreichischen Bundesamtes für Verfassungsschutz, Gert-René Polli (vgl. ORF vom 17. Juni 2013, <http://tvthek.orf.at/programs/1211-ZIB-2/episodes/6144711-ZIB-2/6144737-Studioast-Gert-Rene-Polli>), wonach Bundesbehörden, falls sie erlangte NSA-Informationen etwa aus Prism nutzten, dies nur aufgrund expliziter Genehmigung der Bundesregierung getan haben könnten?
51. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Antworten erteilte die US-Regierung auf die ihr am 11. Juni 2013 übersandten 16 Fragen der Bundesregierung bezüglich der heimlichen Datenerhebung des US-Geheimdienstes NSA u. a. in sozialen Netzwerken auch über deutsche Bürgerinnen

und Bürger sowie Unternehmen (vgl. FOCUS Online vom 13./15. Juni 2013), und welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung aufgrund der Antworten ergreifen, um solche nach Auffassung des Fragestellers rechtswidrigen US-Erhebungen persönlicher Daten sowie deren Weiterleitung durch deutsche Behörden zu verhindern und um etwaige vergleichbare Überwachungspraktiken von Bundessicherheitsbehörden (vgl. SPIEGEL ONLINE, 16. Juni 2013) zu stoppen?

52. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche zusätzlichen, von der Bundeskanzlerin im Vorfeld des Besuches von Präsident Barack Obama auch eingeforderten Informationen zu Inhalt und Umfang der Betroffenheit von Bundesbürgern durch das US-Überwachungsprojekt PRISM hat die Bundeskanzlerin konkret erhalten, und welche weiteren Schritte wird die Bundesregierung in dieser Angelegenheit nunmehr veranlassen?
53. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung die sofort wirksamen Voraussetzungen für den weiteren Betrieb der Antiterrordatei, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 24. April 2013 (1 BvR 1215/07, insbesondere Rn. 231) aufgestellt hat, bereits erfüllt, und wenn ja, wie?
54. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung bezüglich Absprachen oder Aktivitäten mit deutschen oder durch deutsche Behörden im Vorfeld der Entführung des Lufthansafluges LH 615 im Oktober 1972 (Geheimoperation München, Wie die Olympia-Attentäter unbestraft davonkamen, in: report MÜNCHEN, 18. Juni 2013)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

55. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechend der Forderung des Präsidenten des Bundesgerichtshofes, Klaus Tolksdorf (Leipziger Volkszeitung vom 12. April 2013, Sächsische Zeitung vom 12. April 2013), die Außenstelle des Bundesgerichtshofes in Leipzig zu schließen?

56. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Umsetzung des Beschlusses der Unabhängigen Föderalismuskommission der 12. Legislaturperiode von 1993 dar, dass neue Senate des Bundesgerichtshofes in Leipzig ihren Sitz nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

57. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die Ergebnisse der Arbeitsgruppe SBZ-Enteignungen (SBZ: Sowjetische Besatzungszone), die entsprechend dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP prüfen sollte, ob es im Hinblick auf die Enteignungen in der SBZ von 1945 bis 1949 noch Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten, und deren Arbeit nach Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Steffen Kampeter, in der Antwort auf meine Mündliche Frage 33, Plenarprotokoll 17/210, S. 25582 (D) „in dieser Legislaturperiode zweifelsohne abgeschlossen“ wird, vorlegen, und was sind die Planungen der Bundesregierung im Hinblick auf die Umsetzungen möglicher Empfehlungen dieses Berichtes?
58. Abgeordneter
**Dr. Gerhard
Schick**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche jährlichen Einsparungen ergeben sich nach heutiger Schätzung und Kenntnislage für den Bundeshaushalt infolge der vorgenommenen Änderung hinsichtlich der Finanzierung der Verluste der FMS Wertmanagement AöR (FMS-WM) in Höhe von 9,3 Mrd. Euro und dem daraus resultierenden verminderten Zinsaufwand der FMS-WM (vgl. meine Schriftlichen Fragen 20 und 21 auf Bundestagsdrucksache 17/12949), und wie hoch fällt diese Ersparnis nach heutiger Schätzung und Kenntnislage kumuliert für zehn Jahre aus?
59. Abgeordneter
**Dr. Gerhard
Schick**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche weiteren Veränderungen bei der Refinanzierung der FMS-WM wurden in den letzten zwölf Monaten vorgenommen, und welche Einsparungen ergeben sich nach heutiger Schätzung und Kenntnislage für den Bundeshaushalt kumuliert für zehn Jahre?

60. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Report der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Schaffung eines fairen und transparenten globalen Steuerregimes, der auf dem G8-Gipfel präsentiert wurde, und welche Themen hinsichtlich der internationalen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung hat die Bundeskanzlerin mit den anderen G8-Mitgliedern diskutiert?
61. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten zur steuerlichen Berücksichtigung einer Risikorücklagenbildung existieren im geltenden Steuerrecht, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, diese steuerlich stärker zu berücksichtigen?
62. Abgeordneter
Stefan Schwartze
(SPD)
- Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Aussage der Akzeptanzanalyse „Staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bürger: Kenntnis, Nutzung und Bewertung“, wonach die Mehrheit der Befragten „Steuervergünstigungen weniger wertschätzt“ und am ehesten Einsparpotenzial bei den Steuervergünstigungen (50 Prozent gaben dieses von ihnen gesehene Einsparpotenzial an; vgl. Kurzfassung, IfD (INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE) Allensbach, 2012, S. 21) sieht?
63. Abgeordneter
Stefan Schwartze
(SPD)
- Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Aussage der Akzeptanzanalyse „Staatliche Familienleistungen aus Sicht der Bürger: Kenntnis, Nutzung und Bewertung“, wonach bei einer differenzierteren Ermittlung in der quantitativen Befragung 75 Prozent der Bevölkerung erklärten, „bei den Leistungen für Familien mit höheren Einkommen könne der Staat noch am ehesten sparen“ (vgl. Kurzfassung IfD Allensbach, 2012, S. 21)?
64. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Was wird die Bundesregierung dafür tun, um die vorhandenen EU-Fonds und EU-Programme spätestens ab der Förderperiode nach 2020 zu bündeln, aus denen Maßnahmen des Hochwasserrisikomanagements finanziert werden können?

65. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.)
- Durch wen erfolgte die Festlegung, dass der Vertrag zwischen der Kali und Salz AG über die Fusion der west- und ostdeutschen Kaliindustrie aus dem Jahr 1993 geheim abgeschlossen wurde, und wie lang ist die Geheimhaltungsfrist?
66. Abgeordneter
**Ralph
Lenkert**
(DIE LINKE.)
- Wann läuft die Geheimhaltungsfrist zu Regierungsdokumenten und anderen Unterlagen im Zusammenhang mit der Privatisierung und der Übernahme der ostdeutschen Kaliindustrie durch die Kali und Salz AG ab, und wann kann die Öffentlichkeit alles oder Teile der Dokumentation einsehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

67. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt**
(Eisleben)
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Urteilen einzelner Sozialgerichte (so z. B. das sächsische Landessozialgericht vom 4. März 2010), wonach bei Bürgerinnen und Bürgern der neuen Bundesländer eine nachträgliche Anerkennung einer Berufskrankheit auch bei neuen medizinischen Erkenntnissen nicht möglich ist, wenn dies die Korrektur eines Verwaltungsaktes von Behörden der DDR bedeutete, da dies nach Artikel 19 des Einigungsvertrages ausgeschlossen sei, und sieht die Bundesregierung darin nicht eine Ungleichbehandlung und Benachteiligung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern der alten Bundesländer, bei denen nach § 44 Absatz 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) die Rücknahme eines Verwaltungsaktes auch für die Vergangenheit möglich ist?
68. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt**
(Eisleben)
(SPD)
- Stellt die Bundesregierung aktuell Überlegungen an, wie die Ungleichbehandlung bzw. Benachteiligung ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger bei der Anerkennung einer Berufskrankheit korrigiert werden kann, und wird dabei der Weg über eine Klarstellung des § 44 SGB X für diese Fallgestaltung oder die nachträgliche Änderung von Artikel 19 des Einigungsvertrages zugunsten der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger als der sinnvollere Weg erachtet?

69. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Welche Regelungen zur Anrechnung von Hochwasserhilfen beim Bezug von Grundsicherungsleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) existieren, und plant die Bundesregierung angesichts der aktuellen Hochwasserschäden für die Betroffenen entsprechende Verbesserungen bzw. Erleichterungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

70. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse hat die Untersuchung der auf Dokumente, die der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) vorgelegt wurden, gestützten Vorwürfe, dass der deutsch geflaggte Supertrawler „Jan Maria“ große Mengen essbaren Fisches über Bord gegeben hat, um Platz für höherpreisigen Fisch zu schaffen (so genanntes High-grading, das sowohl nach europäischem als auch nach deutschem Recht verboten ist), durch die BLE erbracht, und welches Strafmaß wurde gegen die Betreiber der „Jan Maria“ ggf. nach Feststellung der Richtigkeit dieser Vorwürfe ausgesprochen?
71. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, dass die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zukünftig für Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen für Flächennutzer in Polder- oder Deichrückverlegungsgebieten genutzt werden können, und welche Änderungen der GAK-Fördergrundsätze wären dazu notwendig?

